

Wem gehört das Land? – Theologische und politische Perspektiven zur Landfrage in Namibia

Between a Rock and a Hard Place – Die Landfrage im öffentlichen Diskurs

Der indische Geschichtswissenschaftler Partha Chatterjee berichtet in *Le Monde Diplomatique* im Februar 2006 von einem „*Historikerstreit in Indien*“. Zwei Positionen streiten dort gegeneinander: eine moderne, die sich auf die Prinzipien rationalistischer Wissenschaftlichkeit stützt, und eine nationalistische, die sich auf althergebrachte Traditionen bezieht. Das nachkoloniale Indien ist nach der modernen Schule ein Zukunftsprojekt, das auf die Überwindung der durch Ausbeutung und Kolonialismus entstandenen Widersprüche zielt; für die traditionalistische Schule beruht dagegen auch das moderne Indien auf der altindischen Gesellschaftsordnung und ist deshalb ohne das Kastensystem und ohne eine prominente öffentliche Rolle der Religion nicht vorstellbar.

Beide Positionen sind in den letzten Jahren massiv in die Kritik geraten. Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten *Subaltern Studies*, zu denen Chatterjee sich rechnet, betonen, dass es sich bei Modernismus und Nationalismus nicht nur um Denkweisen, sondern um Diskurse handelt, die im politischen System in Indien fest verwurzelt sind. Beiden Positionen ist nach Auffassung der Vertreterinnen und Vertreter der *Subaltern Studies* gemein, dass sie Elitenprojekte sind und dass sie die Stimmen der Subalternen und Unterdrückten zum Verstummen bringen.

Diese Marginalisierungstendenz von antikolonialen politischen Diskursen zeigt sich auch in der gegenwärtigen Debatte um die Landproblematik in Namibia. Auch hier streiten modernistische und traditionalistische Positionen um die Vorherrschaft. Wie in Indien ist diese Debatte in erster Linie ein Elitenprojekt; wer arm ist, findet auch in der Landdebatte in Namibia kaum Gehör. In der gegenwärtigen Diskussion lassen sich summarisch vier verschiedene Stimmen unterscheiden:

- Die *modernistische* Position wird interessanterweise am lautstärksten von den Vertretern der weißen Farmer vertreten. In der Vergangenheit hatte sich diese Gruppe eher in kulturellen und rassistischen Kategorien präsentiert und darauf verwiesen, dass Kultur und Zivilisation erst mit den weißen Siedlern ins Land gekommen sei und dass diese Kulturarbeit ihre Besitzrechte begründe. Heute präsentieren sich die Farmer als Verteidiger liberaler Prinzipien und rechtfertigen ihre Präsenz mit Produktivität und Effizienz. Mit der Betonung dieser Werte sprechen die Farmervertreter die gleiche Sprache wie die Mehrzahl der Entwicklungsorganisationen und die deutsche Botschaft. Die Vergangenheit soll im neuen Namibia keine Rolle mehr spielen, was zählt ist allein die Entwicklung des Landes.

Dieser Verweis auf ökonomische Rationalität und Menschenrechte steht allerdings in deutlichem Widerspruch zu der wirtschaftlichen und sozialen Realität auf vielen Farmen, die betriebswirtschaftlich auch wegen der harten klimatischen Bedingungen kaum lebensfähig sind und auch kulturell durch die alten kolonialen Strukturen geprägt werden.

- In der deutschen Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren vor allem die *traditionell-nationalistische* Position einiger Vertreter des Hererovolkes starken Widerhall gefunden. Im Mittelpunkt dieser Diskussion steht die Forderung nach Entschädigung für den Völkermord während des Kolonialkrieges 1904-1908. Vor amerikanischen Gerichten wurden deutsche

Firmen und die Bundesregierung auf Entschädigung verklagt. Ziel dieser Interventionen ist die Wiederherstellung des angestammten Landes des Hererovolkes.

Die Hereroposition ist in Namibia selbst sehr umstritten. Zum einen ist die Vorstellung eines traditionellen Hererolandes in weiten Teilen fiktiv, denn es hat in der namibischen Geschichte nie ein abgegrenztes Land gegeben, in dem ausschließlich Hereros gelebt haben. Zum anderen wird angefragt, wie sich die Vorstellung eines traditionellen Hererolandes zur staatlichen Einheit Namibias verhält. Mit großer Besorgnis wurde zur Kenntnis genommen, dass Hererochef Riruako von einer föderalistischen Struktur für Namibia zu sprechen begann und sich damit in die Tradition des Homelandgedankens des Apartheidsystems zu stellen schien. Vertreter anderer ethnischer Gemeinschaften, vor allem von Seiten des Damaravolkes, verwiesen auf ihre traditionellen Siedlungsgebiete auf dem Boden des Hererolandes und meldeten ihren Widerstand gegen die ethnische Aufteilung Namibias an.

- Die Regierungspartei *Swapo* und die offizielle Politik Namibias schwankt zwischen diesen beiden Positionen. Auf der einen Seite hat *Swapo* unter dem Slogan „*One Namibia – One Nation*“ gegen ethnische Strukturen gekämpft; andererseits präsentiert die offizielle Rhetorik den Befreiungskampf immer deutlicher als einen Ursprungsmythos, der auch zur Legitimierung von Besitzansprüchen herangezogen wird. Die Regierung wendet sich mit Verweis auf den Unabhängigkeitskampf gegen ethnische Privilegien, rechtfertigt aber gleichzeitig die Enteignung von Farmen und die Ansiedlung von ehemaligen Befreiungskämpfern aus dem Hauptkriegsgebiet im Norden des Landes in Zentralnamibia. Knapp 20 Prozent der kommerziellen Farmen sind inzwischen in schwarzem Besitz; die Mehrheit gehört Mitgliedern der neuen Elite, die überwiegend aus dem Ovamboland stammt. In Wahlkampfzeiten vertritt die *Swapo* eine aggressive Enteignungsrhetorik, die aktuelle Regierungspolitik zeigt aber keine Ansätze, wie die benachteiligte Bevölkerungsmehrheit von einer großangelegten Landreform profitieren soll.
- Wer vertritt unter diesen Bedingungen die Position der *Subalternen* und Marginalisierten? In der offiziellen Rhetorik sprechen vor allem die Vertreter der weißen Farmer von Armutsbekämpfung. Allerdings steht diese Position in drastischem Widerspruch zu den Arbeitsbedingungen auf den allermeisten Farmen. Die Kirchen und die Landarbeitergewerkschaft haben sich zu Wort gemeldet und vor allem eine Stärkung der Rechte von Landarbeitern gefordert. Diese Stimmen haben in der öffentlichen Diskussion allerdings nur Aufmerksamkeit erregt, wenn, wie beispielsweise von der Landarbeitergewerkschaft, die Enteignung von weißen Farmen gefordert wurde. Eine Struktur die die Rechte der Subalternen wirksam vertreten könnte, gibt es im Augenblick weder in Namibia noch in den Nachbarländern Südafrika und Simbabwe.

Geschichte des namibischen Landreformprozesses

Der namibische Landreformprozess begann nach der Unabhängigkeit mit der Landkonferenz 1991. Hier wurde ganz im Geist der Inklusivität des Befreiungskampfes einstimmig festgelegt, dass die Durchführung einer Landreform in Namibia notwendig ist, um eine vernünftige Balance von landwirtschaftlich nutzbarem Boden herzustellen, der sowohl von schwarzen als auch weißen Namibiern genutzt werden kann. Die Wiederherstellung traditioneller Besitzrechte wurde ausdrücklich ausgeschlossen und marktkonforme Mechanismen, wie das *Willing Buyer, Willing Seller* Prinzip, ausdrücklich festgeschrieben.

Die Ergebnisse der Landkonferenz bilden die Grundlage der Landreformpolitik. Die namibische Regierung erhielt ein Vorkaufsrecht auf alle zum Verkauf stehenden Farmen und verabschiedete Programme, die Mitglieder von benachteiligten Gruppen den Erwerb von Farmen ermöglichen sollten. Das Landministerium verantwortet ein Umsiedlungsprogramm, das auch armen Namibierinnen und Namibiern den Zugang zu Land ermöglichen soll.

Inzwischen wird die namibische Landreformpolitik von verschiedenen Seiten kritisch beurteilt und gefordert, die Instrumente einer Revision zu unterziehen.

- Es ist inzwischen allgemein anerkannt, dass das *Willing Buyer, Willing Seller* Prinzip die gewünschten Ergebnisse nicht erbracht hat. Der Staat hat als Großeinkäufer dazu beigetragen, dass die Preise für Farmland exorbitant gestiegen sind und inzwischen in keinem Verhältnis zum Ertrag der meisten Farmen stehen. Außerdem ist das Instrumentarium viel zu langsam und stellt die zuständigen Ministerien vor große logistische Herausforderungen, weil die angebotenen Farmen oft mehrere hundert Kilometer von Windhoek entfernt sind und Bewertung und Parzellierung gewaltige Ressourcen in Anspruch nimmt. Aus diesen Gründen sind die zum Kauf von Farmen eingestellten Haushaltsmittel von der Regierung in keinem Jahr voll in Anspruch genommen worden.
- Das *Affirmative Action Loan Scheme* hat vielen Namibierinnen und Namibiern den Erwerb von Farmland ermöglicht. Allerdings wird auch dieses Modell aus betriebswirtschaftlichen und politischen Gründen in Frage gestellt. Ökonomisch ist die Situation vieler Farmen so schlecht, dass Kapitalkosten aus dem Ertrag nicht erwirtschaftet werden können. Der Erwerb von Farmen ist deshalb nur für solche Personen attraktiv, die für ihren Lebensunterhalt auf andere Einkommensquellen zurückgreifen können. Das Affirmative Action Programm führt deshalb zu einem Austausch von Eliten, ohne der großen Bevölkerungsmehrheit einen Zugang zu Land zu eröffnen.
- Von praktisch allen Beteiligten am Landreformprozess wird inzwischen zugegeben, dass das Ansiedlungsprogramm der Regierung gescheitert ist. Menschen wurden ohne entsprechende Ausbildung und entsprechender Infrastruktur auf Farmen angesiedelt. Dies führte zu Überweidung und zur Zerstörung wichtiger Produktionsmittel. Viele Neusiedler leben inzwischen unter schlechteren Lebensbedingungen als vorher. Viele verdingen sich als Tagelöhner auf benachbarten weißen Farmen. Inzwischen werden Verbesserungen des Programms diskutiert. Bislang sind aber keine nachhaltigen Veränderungen implementiert.

Fünfzehn Jahre nach der Unabhängigkeit ist die Landfrage in Namibia nicht gelöst. Darüber hinaus hat sich die soziale Ungleichheit im Land nicht abgemildert; noch immer ist Namibia das Land mit der höchsten Einkommensungleichheit auf der ganzen Welt. Unter diesen Zusammenhängen ist die Landfrage leicht politisch zu instrumentalisieren. Eine solche Politisierung kennzeichnet vor allem die Rhetorik vieler Regierungsmitglieder: hier verbinden sich moralische Forderungen mit politischen Drohungen zu einer hoch emotionalen Sprache, die überdeckt, dass die Regierung administrativ und politisch bislang wenig erreicht hat, um die Landfrage im Interesse der Menschen zu lösen. Gegenüber den weißen Farmern wird immer wieder die Forderung wiederholt, dass sie das Land „teilen“ müssten. Als positives Beispiel gilt Werner List, dem vor zwei Jahren verstorbene reichsten Mann Namibias, der von seinen mehr als 100 Farmen einige der Regierung überlassen hatte. Wie Besitzer von nur einer Farm diesem Beispiel nachkommen sollen, bleibt dabei unklar. Deshalb reagieren viele Namibier alarmiert auf die Drohung, die dem moralischen Appell in der Regel folgt. Viele offizielle Vertreter beschwören die Gefahr eines Bürgerkrieges, wenn die Landfrage nicht bald zur Befriedigung der Bevölkerungsmehrheit gelöst wird.

In Konsequenz dieser Rhetorik hatte der Swapo Parteitag vor den Parlaments- und Präsidentenwahlen 2004 beschlossen, sich bei der Durchführung der Landreform in Zukunft nicht mehr auf das *Willing Buyer, Willing Seller* Prinzip zu beschränken, sondern verstärkt auf das Instrument der Enteignung zurückzugreifen. Entgegen anderslautenden Presseberichten in Deutschland muss festgehalten werden, dass Enteignungen gegen angemessene Entschädigung im nationalen Interesse in Namibia wie in anderen Ländern auch zulässig sind. Es stellt sich also nicht die Frage der Rechtmäßigkeit von Enteignungen. Die politische Diskussion kreist deshalb auch darum, ob das Instrument der Enteignung ein effizientes Mittel für eine gerechte Landreform darstellt. Hier sind Zweifel allerdings angebracht. Viele kritische Stimmen betonen, dass Enteignung eine der langsamsten Formen der Umverteilung darstellt, weil den Betroffenen eine ganze Reihe von Rechtsmitteln zur Verfügung stehen. Außerdem ist die Transparenz und Integrität des Enteignungsverfahrens bis heute nicht angemessen gewährleistet. Kritisiert werden vor allem die Kriterien, nach denen enteignet werden soll. Der Begriff eines „*öffentlichen Interesses*“ gilt dabei als zu unscharf.

In der Diskussion um die Instrumente der Landfrage spiegelt sich die Auseinandersetzung zwischen modernistischen und traditionalistischen Position im öffentlichen Diskurs. Modernistische Strategien achten auf Effizienz und Produktivität, während traditionalistische den Zugang zu Land durch historische Ansprüche zu legitimieren versuchen. Die letztere Position vereinigt Hereronationalisten mit radikalen Swapovertretern, die sich sonst in verschiedenen Lagern verfeindet gegenüber stehen. Gerade in der Generation der unter Vierzigjährigen gibt es aber viele Berührungspunkte und einige Beobachter sehen die nationalistische Rhetorik als Kern eines zukünftigen Herrschaftsdiskurses. Beide Positionen sind Elitendiskurse, in keiner kommt die Stimme der Benachteiligten zu Wort. Um so dringender stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien ein Landreformprozess in Namibia konzipiert werden kann, die den Erwartungen und Interessen der Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit gerecht werden kann.

Lösungsperspektiven

Jeder Versuch, der die Landfrage in Namibia lösen will, muss von der Wahrnehmung ausgehen, dass jedes Stück Land in komplexe historische, ökonomische und kulturelle Systeme eingebunden ist:

- In Zentral- und Südnamibia gibt es keine Region, die nicht im Lauf der letzten 200 Jahre von verschiedenen Bevölkerungsgruppen bewohnt gewesen ist. Die Rekonstruktion eines traditionellen Besitzrechtes kann deshalb das Landproblem nicht lösen. Es besteht die Gefahr, dass eine durch das Prinzip des traditionellen Landbesitzes begründete Landreform zur Begründung von neuerlichen Enteignungen missbraucht werden kann.
- Ökonomisch ist wahrzunehmen, dass auch das kommerzielle Farmland von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ganz unterschiedlich genutzt wird. Als kommerzieller Betrieb trägt eine Farm zur Volkswirtschaft bei und erwirtschaftet das Einkommen der Besitzer und der Arbeitskräfte. Gleichzeitig spielt das gleiche Stück Land aber auch eine wichtige Rolle in verschiedenen Subsistenzsystemen. Das gilt besonders für die Farmarbeiter, die auf ihre Ziegen z. B. als Altersvorsorge angewiesen sind. Wichtig ist der Zugang zu Land aber auch für die Gruppen der städtischen und ländlichen Armen, die das Land als einen Ort gebrauchen, an dem ihre Kinder aufwachsen und zu dem sie im Alter zurückkehren können, wenn sie der Härte des Lebens in der Stadt nicht mehr gewachsen sind.
- Überall in Namibia ist die historische Verbindung zu bestimmten Orten aus der eigenen Geschichte sehr stark, ohne dass aus diesen Verbindungen notwendig ein Eigentumsrecht

abgeleitet wird. Um so wichtiger ist, dass der Zugang zu Gräbern und anderen bedeutenden Orten gewährleistet bleibt. Darüber hinaus setzen viele kulturellen Rituale den Zugang zum Land voraus. Bei Hochzeiten muss der Bräutigam in manchen Kulturen z. B. ein Rind schlachten, sonst gilt er nicht als rechtmäßig verheiratet. Ohne Verwandte auf dem Land können junge Männer in der Stadt deshalb nicht heiraten.

Als Konsequenz der Wahrnehmung, dass jedes Stück Land in Namibia mehrfach besetzt ist, erwächst die Forderung, dass jede Landreform in Namibia multiple Zugänge zum Land eröffnen. Verschiedene Konzeptionen, die dieses Prinzip berücksichtigen, sind bereits in der Diskussion:

- *Joint Resource Management*: Die Parzellierung von Land ist in Namibia aus ökologischen und ökonomischen Gründen problematisch. Angesichts des trockenen Klimas muss der Zugang zu Wasser und Weideland auch dann gewährleistet sein, wenn es auf einer Farm über eine bestimmte Zeit nicht geregnet hat. Darüber hinaus zieht eine Teilung von Farmen hohe Infrastrukturmaßnahmen nach sich, wenn für jede Teilfarm Bohrlöcher und Transportwege bereitgestellt werden müssen. Auch Wildtiere lassen sich nicht auf einer Farm alleine hegen, sondern setzen größere Regionen heraus. Jagd- und Touristenfarmen sind deshalb auf Zusammenarbeit angewiesen.
- *Communal Land Trusts*: In den kommunalen Gebieten sind die Farmer nach wie vor von Infrastruktur und vom Kapitalmarkt abgeschnitten, weil sie den Banken keine Sicherheiten bieten könnten. Ein gemeinschaftliches Erbpachtsystem für die Menschen in einer bestimmten Region könnte hier Perspektiven schaffen.
- *Tenancy Rights*: Die Landarbeiter sind in jedem Landreformmodell eine besonders verwundbare Gruppe, weil mit dem Weggang des kommerziellen Farmers nach bestehender Rechtslage auch ihr Aufenthaltsrecht erlischt. Auch schwarze Farmbesitzer haben ihre neuen Farmen nach der Übernahme geräumt und die Farmer vertrieben. In Südafrika gibt es inzwischen bestimmte Schutzrechte, auch wenn diese von den Gewerkschaften als völlig unzureichend erachtet werden. In Namibia gibt es bislang keinen Rechtsschutz.
- *Equity Sharing*: Eine Möglichkeit, den Farmarbeitern Rechte an der Farm zu geben, auf der sie arbeiten, ist die Teilhaberschaft, die sie zu Mitbesitzer macht. Auch dieser Vorschlag wird aber von Gewerkschaftsseite kritisiert, weil die Risiken für die Arbeiter unkalkulierbar sind.

Diese Vorschläge zielen hauptsächlich auf einen ökonomischen Ausgleich verschiedener ökonomischen Interessen. Lösungsansätze, die auch Armutsbekämpfung und kulturelle und emotionale Aspekte in Betracht ziehen, stehen noch aus. Solche Vorschläge müssen

- auf genauer Kenntnis der verschiedenen Bedürfnisse und Interessen begründet sein;
- und müssen sich die Entwicklung von menschenzentrierten („*people centred*“) Eigentumsstrukturen zum Ziel setzen.

Historische Rechte und der Aspekt der Entschädigung für vergangenes Unrecht dürfen bei der Entwicklung von Lösungskonzepten nicht aus dem Blick geraten. Genauso wenig wie Prinzipien von Effizienz und Produktivität dürfen aber auch aus der Geschichte begründeten Rechte nicht zum alleinigen Maßstab einer Landreform werden.

Die Entwicklung eines menschenzentrierten Eigentumsbegriffs steht in der Tradition des biblischen Bodenrechts, das, wie die Bestimmungen zum Sabbatjahr und zum Erlassjahr in Leviticus 25 zeigen, die Entstehung von exklusiven Besitztiteln zu verhindern suchte und auch den Marginalisierten einen Anteil am Ertrag garantierte. Eine Übersetzung des biblischen Eigentumsbegriff in

die Bedingungen des nachkolonialen Namibia ist eine wichtige theologische Aufgabe, die einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Landfrage leisten könnte.

Das Nachdenken über ein menschenzentriertes Bodenrecht hat in Namibia eine lange Tradition. Schon 1892 schrieb Hendrik Witbooi, Kapitän des Namavolkes und einer der wichtigsten namibischen Befreiungstheologen an Kapitän Josef Fredericks von Bethanien und ermahnte ihn, sein Land nicht an weiße Siedler zu verkaufen. Witboois Stoßrichtung ist nicht ein antirassistischer Rassismus, der die Weißen aus Namibia vertreiben will, sondern die Verhinderung der Überführung von Land in Privateigentum:

„Ich möchte nicht, dass du einem weißen Mann eine Farm auf deinem Land gibst. Denn ich denke, dieser Teil von Afrika ist das Territorium der roten Kapitäne. Wir haben gemeinsam die gleiche Hautfarbe und die gleiche Tradition. Wir folgen den selben Gesetzen und diese Gesetze sind für uns und unsere Menschen akzeptabel; denn wir sind nicht streng zueinander, sondern geben einander freundlich und brüderlich Raum. Und wenn die Leute eines Kapitäns gemeinsam mit den Leuten eines anderen Kapitäns leben wollen, dann können sie dies in Frieden tun. Es gibt keine ausschließenden Gesetze mit Bezug auf Wasser, Weideland oder Wegerechte, es wird auch kein Geld verlangt. Nein, wir geben diese Dinge umsonst für jeden Reisenden, der durch unser Land zieht, sei er rot, schwarz oder weiß. Das ist gut und richtig und genügt für unseren Lebensstil. Und so berauben wir niemanden seiner Lebensgrundlage und seines Geldes ... Aber mit weißen Menschen ist es anders. Das Recht der Weißen ist unerträglich und nicht auszuhalten: sie unterdrücken uns und hemmen uns in jeder Richtung.“